76. Jahrgang. Nr. 466 — Sonntag, 4. Oktober 1931

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Hauptschriftleitung: Nachrichten Dresden Fernsprecher-Sammelnummer: 25241 Nur für Nachtgespräche: Nr. 20011 Schriftleitung u. Hauptgeschäftsstelle: Dresden-N. 1, Marienstraße 38/42

Bezugsgebühr bei täglich zweimaliger Zustellung monatlich 3.40 Mk. (einschließlich 80 Pfg. für Trägerlohn), durch Postbezug 3.40 Mk. einschließlich 54 Pfg. Postgebühr (ohne Postzustellungsgebühr) bei 7mal wöchentlichem Versand. Einzelnummer 15 Pfg., außerhalb Sachsens 20 Pfg. Anzeigenpreise: Die einspaltige 30 mm breite Zeile 35 Pfg., für auswärts 40 Pfg., Familienanzeigen und Stellengesuche ohne Rabatt 15 Pfg., außerhalb 20 Pfg., die 90 mm breite Reklamezeile 200 Pfg., außerhalb 250 Pfg. Offertengebühr 30 Pfg. Auswärtige Aufträge gegen Vorausbezahlung

Druck u. Verlag: Liepsch & Reichardt, Dresden, Postscheck-Kto. 1068 Dresden Nachdruck nur mit deutl. Quellenangabe (Dresdn. Nachr.) zulässig. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

Die einzige Dresdner Zeitung mit Morgen- und Abendausgabe

Notverordnung mit 30 Punkten

Brüning unter dem Druck der Sozialdemokratie

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 3. Oktober. Zum Wochenende läßt sich mit einiger Klarheit überblicken, wie sich der Ablauf der kommenden Regierungsmaßnahmen vollziehen dürfte. Mit einer weiteren Hinauszögerung der Veröffentlichung der großen Notverordnung ist nicht mehr zu rechnen. Bis Sonnabend, spätestens Sonntagabend sollen die Arbeiten soweit gefördert sein, daß alle Maßnahmen ihren Niederschlag in gesetzgeberischen Formulierungen gefunden haben. Am Dienstag dürfte dann eine Konferenz der Ministerpräsidenten der Länder in Berlin stattfinden, denn die Reichsregierung legt Wert darauf, die Länderregierungen vorher zu unterrichten, um eventuelle Wünsche noch in die Notverordnung aufnehmen zu können. Am Mittwoch soll dann die Notverordnung der Oeffentlichkeit übergeben werden.

Der Inhalt dieser Notverordnung ist in den letzten Tagen außerordentlichen politischen Belastungsproben ausgesetzt gewesen.

Die Regierung, die ursprünglich den Plan hatte, wichtige Probleme wirtschafts- und sozialpolitischer Natur in die Notverordnung mit aufzunehmen, sah sich dem Frontalangriff der Sozialdemokratie ausgesetzt, dem sie sich angesichts der bevorstehenden Reichstagsperiode nicht entziehen zu können glaubte. Die Gewerkschaften haben denn auch allen Grund, ein Siegesbulletin auszugeben, wie es in der gestrigen Sitzung des Bundesausschusses des ADGB. der sozialdemokratische Abgeordnete Graßmann verkündet hat.

Ueber den Inhalt der neuen Notverordnung liegen jetzt Mitteilungen vor, die den Anspruch auf eine gewisse Authentizität erheben können, weil sie von der dem Reichskanzler nahestehenden „Germania" veröffentlicht werden. Diese teilt mit, daß die Notverordnung nicht weniger als 30 Punkte enthalten werde, unter denen besonders erwähnenswert sei die Umschuldung der Länder und Gemeinden, die Erleichterung der Wohlfahrtslasten der Gemeinden, die Hauszinssteuer, die Klein- und ländliche Siedlung, die Verordnung über die Herabsetzung von Gehaltsbezügen in der Privatindustrie, die Verhinderung von Kapitalfehlleitungen und schließlich die Sondergerichte und die Bekämpfung des politischen Terrors. In dieser Aufzählung fällt besonders auf, daß

zwei Punkte offenbar unter sozialdemokratischem Druck in die Notverordnung aufgenommen

worden sind, nämlich die Herabsetzung von Gehaltsbezügen in der Privatindustrie und die „Verhinderung von Kapitalfehlleitungen". Es entspricht dies den Forderungen, die von sozialdemokratischer Seite gerade in den letzten Tagen mit Nachdruck erhoben worden sind.

Die Fragen der Tarif- und Sozialpolitik sind also zunächst einmal vertagt worden. Die Reichsregierung plant eine große Konferenz der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände, in der die gesamten strittigen Fragen erörtert und der Versuch einer Klärung unternommen werden soll. Bei der fortschreitenden Radikalisierung der Sozialdemokratie, die unter dem Druck einer Linksabsplitterungsbewegung steht, wird man annehmen müssen, daß die geplante Konferenz wenig Erfolg haben wird.

Brünings Rätsel

Seit einigen Tagen, so hört man es mit Andacht, arbeitet das Reichskabinett wieder eifrig an der Gestaltung der neuen Notverordnung, die das so oft angekündigte große Winterprogramm enthält, mit dem die Schwierigkeiten der kommenden Monate überwunden werden sollen. Schon vor Wochen hat man mit der Veröffentlichung gerechnet, aber immer und immer wieder hat die Regierung zu erkennen geben müssen, daß es ihr nicht möglich gewesen sei, die eigentlich klar genug liegenden Probleme einer befriedigenden Lösung entgegenzuführen. Abgesehen von einigen kleineren Notverordnungen, die zwar im einzelnen starke Kritik gefunden haben, aber die Oeffentlichkeit wenig interessierten, hat unter den letzten Notverordnungen eine allerdings Aufsehen erregt. Nicht nur wegen des Inhalts, der sich auf die Abänderung des Schiedsspruchs über den Lohnkonflikt bezog, sondern vor allem deshalb, weil auf den Wink der Sozialdemokratie die abgeänderte Notverordnung so rasch verkündet werden mußte, daß keine Zeit für den normalen Weg über das Reichsgesetzblatt blieb und man deshalb den Rundfunk ersatzweise für diesen Zweck benutzte. Die Eile kennzeichnet die Machtstellung, die die Sozialdemokratie dem Kabinett gegenüber innehat, dessen Unsicherheit immer offenkundiger wird.

So hat der Reichsarbeitsminister die Notwendigkeit einer Lohnsenkung im Ruhrbergbau erkannt, weil das Abgleiten der englischen Währung den britischen Kohlenbergbau in die Lage versetzt, die Tonne Kohle um vier bis fünf Mark wohlfeiler anzubieten, als die Selbstkosten des deutschen Bergbaues betragen. Da wir am Goldstandard festhalten, können wir dem englischen Valutadumping nur durch eine entsprechende Selbstkostensenkung ausweichen. Sie ist gegenüber der Arbeitslosigkeit immer noch das kleinere Uebel. Stegerwald erkennt also, daß rasches Handeln das Gebot der Stunde ist. Da die ordentliche Schlichtungskammer keinen Spruch fällen konnte, wurde eine Sonderkammer aus drei Unparteiischen gebildet, unter denen sich der sozialdemokratische Regierungspräsident Bergmann befand. Sie hat, wohlgemerkt, einstimmig beschlossen, einen siebenprozentigen Lohnabbau der sicheren Erwerbslosigkeit vorzuziehen. Der Spruch wird durch Notverordnung verbindlich erklärt, übrigens das erstemal, daß Löhne auf diesem Wege geregelt werden. Wilde Streiks, von den Kommunisten geschürt, flackern auf. Die Seydewitzabsplitterung radikalisiert die Sozialdemokratie. Also Zornesausbruch des „Vorwärts" gegen das Kabinett und Besuch mehrerer sozialdemokratischer Parlamentarier beim Kanzler, der sich sofort bereitfindet, die Notverordnung zu mildern und die neue Verordnung durch den Rundfunk zu verkünden. Das Reich übernimmt für Arbeitgeber und Arbeitnehmer die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung, wodurch jeder der beiden Teile seine Quote gegenüber dem Schiedsspruch um 3¼ Prozent verbessert. Gleichzeitig ist der auf vier Monate berechnet gewesene Schiedsspruch auf zwei Monate gekürzt, die Regelung über die Versicherungsbeiträge aber auf den ganzen Bergbau ausgedehnt worden. Die Mehrbelastung für den Vater Staat, dessen Finanzlage trotz 120 Prozent Verzugszinsen für Steuerrückstände hinreichend schlecht ist, beträgt einstweilen 25 Millionen. Wo bleibt hier der so oft verkündete Mut zur Unpopularität, und welche Folgen will der Kanzler ziehen, wenn auch andere Industrien von der Konkurrenz der sich vom Gold abkehrenden Staaten getroffen werden? Das System indirekter Subventionen müßte dann nach dem ersten Zurückweichen vor der Sozialdemokratie eine Ausdehnung erfahren, von der heute schon jedermann weiß, daß sie angesichts der Finanzlage des Reiches undurchführbar ist. Nein, indirekte Subventionen bedeuten neue Steuern und damit letzten Endes neue Betriebseinschränkungen und neue Erwerbslosigkeit. Sie können uns allen auf die Dauer nichts nützen, sondern nur schaden. Schlecht verträgt sich diese Art, den dringenden Problemen auszuweichen und Entscheidungen zu vertagen, mit der jüngsten Erklärung des Kanzlers, daß die Zuspitzung der weltwirtschaftlichen Lage durch die englische Währungskrise weittragende Schritte auf dem Gebiet der Sozial- und Wirtschaftspolitik zur Folge haben werde und mit seiner Forderung vor dem Reichsverband der Industrie: „. . . ein armes Land müsse ein billiges Land werden."

Auch ein anderer Vorgang dieser Tage ist kennzeichnend dafür, daß der Reichskanzler nur zu leicht bereit ist, seine guten Vorsätze und Pläne dem Prestigebedürfnis sozialdemokratischer Gewerkschaftssekretäre zu opfern, die uns bisher allerdings noch den Beweis schuldig geblieben sind, für die Arbeiter und Angestellten auf den bisherigen Wegen Brot und Verdienst schaffen zu können. Die industriellen Organisationen haben einen Appell an das Kabinett gerichtet, an dem sich alle Kreise, von der sogenannten „Schwerindustrie" bis zum Handwerk und dem der Staatspartei nahestehenden

Uniformverbot für das ganze Reich?

Bedenkliche Pläne Wirths

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 3. Okt. Vor einiger Zeit fand, wie bereits gemeldet, eine Konferenz der Innenminister der Länder beim Reichsinnenminister Dr. Wirth statt, in der, wie damals berichtet wurde, Fragen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung zur Besprechung standen. Weitere Verlautbarungen wurden darüber nicht gemacht, und im Drange der Wirtschaftskrise hat sich die Oeffentlichkeit auch nicht weiter für das interessiert, was hier besprochen wurde.

Heute wird nun durch Veröffentlichung eines Morgenblattes bekannt, daß der Reichsinnenminister Maßnahmen zu einem allgemeinen Uniformverbot für das gesamte Reichsgebiet erwäge.

In den Mitteilungen heißt es, daß diese Anregung kürzlich von einigen süddeutschen Ländern gegeben worden sei, in denen schon seit längerem ein Uniformverbot für die Anhänger der radikalen Flügelparteien bestehe. Auf der anderen Seite habe der Reichsinnenminister Dr. Wirth jedoch Bedenken gegen ein generelles Verbot zum Ausdruck gebracht. Er sei, so heißt es, der Auffassung, daß neben dem Reichsbanner und dem Jungdeutschen Orden auch der Stahlhelm den „nicht staatsfeindlichen" Organisationen zuzuzählen sei. Dazu komme, daß Reichspräsident v. Hindenburg ja selbst Ehrenmitglied des Stahlhelms sei.

Sollten diese Mitteilungen, zu denen bisher amtliche Bestätigungen nicht vorliegen, zutreffen, so würde abermals ein Stück der Ländersouveränität zu Grabe getragen werden. Schon aus diesen formellen Gründen muß man Bedenken gegen die Art und Weise äußern, wie hier Pläne geschmiedet werden, und wie hier über den Kopf der Länder hinweg zu Maßnahmen geschritten werden soll, die tief in die Polizeihoheit der Länder eingreifen. Sachsen hat z. B. bisher noch keine Veranlassung gehabt, gegen das Tragen der nationalsozialistischen Uniform einzuschreiten. So muß also sowohl vom Inhaltlichen als auch vom Formellen her

gegen derartige Pläne Einspruch

erhoben werden. Es geht nicht an, daß sich das Reich einfach über die Polizeihoheit der Länder hinwegsetzt und generell Maßnahmen anordnet, die hier und da vielleicht gerechtfertigt sein mögen, in Sachsen wenigstens aber dem Ermessen der sächsischen Regierung überlassen bleiben müssen.

Amerikanischer Schritt in der Abrüstungsfrage

Washington, 3. Okt. Im Staatsdepartement fand gestern eine siebenstündige Besprechung zwischen Staatssekretär Stimson und dem Sachverständigen für Abrüstungsfragen, Senator Morrow, statt. Ueber den Gegenstand der Konferenz, an der auch der Generalsekretär der amerikanischen Delegation der Genfer Abrüstungskonferenz, ferner der Referent für Westeuropa und der Leiter der wirtschaftspolitischen Abteilung teilnahmen, wird Stillschweigen bewahrt.

„Baltimore Sun" will aber aus angeblich guter Quelle erfahren haben, daß man den Entwurf eines Sicherheitspaktes ausgearbeitet habe, der entsprechend französischen Wünschen weitergehe als die bisherigen Genfer Vorschläge. Dieser Plan solle es Frankreich und Polen ermöglichen, Abstriche bei ihren Landheeren vorzunehmen, und einer den deutschen Wünschen entgegenkommenden Regelung der polnischen Korridorfrage zuzustimmen, damit im Osten Europas das Gefühl stabiler Verhältnisse hergestellt werde.

•

Wenn sich diese Meldung bewahrheitet, so führen damit die Vereinigten Staaten den mit der ersten Hoover-Aktion begonnenen Kurswechsel ihrer Außenpolitik sehr konsequent weiter. Gegenüber dem bisher befolgten Grundsatze der Nichteinmischung in innereuropäische Angelegenheiten zeigt jetzt die amerikanische Politik eine überraschende Aktivität in europäischen Fragen. Dazu wird vor allem wohl die Erkenntnis beigetragen haben, daß die Behebung der amerikanischen Wirtschaftskrise weitgehend von der Gesundung und Beruhigung der Verhältnisse in Europa abhängt; daneben aber auch das Gefühl, vom Schicksal auserwählt zu sein zum Retter in der gegenwärtigen schweren Not. Wir glauben jedoch, daß Polen trotz seiner finanziellen Abhängigkeit von den USA. sich nicht einmal unter dem stärksten Druck Washingtons bereit finden wird, in eine Deutschlands berechtigte Wünsche befriedigende Lösung der Korridorfrage einzuwilligen.